

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Wir sind damit am Ende der Fragestunde. Die Fragen 42 und 43 sind zurückgezogen worden. Die restlichen Fragen werden schriftlich beantwortet.

Ich rufe den Zusatzpunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde**Verschuldung und europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt**

Diese Aktuelle Stunde wurde von der Fraktion der CDU/CSU verlangt.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dietrich Austermann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dietrich Austermann (CDU/CSU):

(B) Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben heute zu dieser Aktuellen Stunde eingeladen, weil wir wollen, dass vor dem Treffen der europäischen Finanzminister eines noch einmal ganz klar wird: Die maßlose Verschuldungspolitik und der Versuch, den Maastricht-Vertrag kaputtzumachen, wie dies von Rot-Grün betrieben wird, werden von uns nicht mitgetragen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Bundesfinanzminister hat in den letzten Tagen wieder neue Vorschläge gemacht, wie er die Regeln des Maastricht-Vertrages außer Kraft setzen will, weil er erkennen muss, dass seine verhängnisvolle Politik, die unserem Land schadet, von Brüssel offensichtlich nicht akzeptiert werden wird. Er schlägt unter anderem vor, dass die EU-Kommission nur solchen Defizitsündern in die nationale Haushaltspolitik hineinreden darf, die schwere Fehler begangen haben.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Dann ist er der Erste!)

– Genau, Herr Kollege Fromme, dann wäre die Bundesregierung die Erste, die kritisiert werden müsste, weil die Fehler, die in den letzten Jahren gemacht wurden – ich nenne nur die falsche Finanz-, Haushalts-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik –, so eklatant sind, dass die EU-Kommission trotz dieses Kriteriums gar nicht anders könnte, als festzustellen, dass Deutschland im Jahre 2005 den Stabilitäts- und Wachstumspakt das vierte Mal nacheinander bricht. Das ist eine verhängnisvolle Position.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Stabilität ist das Gegenteil von Eichel!)

Wenn man sich mit der Frage befasst, warum wir uns eigentlich über Stabilität, Wachstum und die Möglichkeiten unterhalten, die die Finanz- und Haushaltspolitik hat, um auf den Markt Einfluss zu nehmen, dann muss man, so glaube ich, eines erkennen: Solide öffentliche Haushalte tragen wesentlich zu einer stabilen Wirtschaftsentwicklung bei. Umgekehrt wird man feststellen: Eine unsolide Haushaltspolitik trägt eben nicht zu einer stabilen Wirtschaftspolitik, sondern zu einem Schaden bei. Das kann man praktisch jeden Tag aufs Neue sehen. Ganz genauso wird man erkennen können, dass eine Politik, die maßlos in die Verschuldung führt, dafür verantwortlich ist, dass auch die Arbeitslosigkeit ansteigt. Derjenige, der dazu beiträgt, dass die Schulden immer höher werden, muss zur Kenntnis nehmen, dass parallel dazu auch die Arbeitslosigkeit nach oben geht.

Das kann man ganz klar am Bundeshaushalt ablesen. Wir haben ein strukturelles Defizit von etwa 40 Milliarden Euro. Ich kann nicht erkennen, dass ernsthafte Bemühungen unternommen werden, das Ganze zu verändern.

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Sie wollen doch weitere Steuersenkungen!)

Wenn man 40 Milliarden Euro Jahr für Jahr um 5 Milliarden Euro absenken würde, um auf null zu kommen, bräuhete man acht Jahre, bis der Bund mit den Einnahmen wieder auskommt. Das ist eine wirklich verhängnisvolle Situation.

Sie lässt sich parallel dazu auch an den Arbeitsmarktzahlen ablesen. Die Arbeitslosigkeit explodiert. Der Versuch, die Zahl der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger herauszurechnen, muss scheitern, weil die entsprechenden Daten gar nicht vorliegen. Es ist eine schlimme Rekordarbeitslosigkeit. Dies ist die Folge aus der Tatsache, dass der Bundeshaushalt keine Spielräume mehr hat. Die Nettoneuverschuldung beträgt 40 Milliarden Euro, während Investitionen in Höhe von 22 Milliarden Euro getätigt werden. Es wird also fast doppelt so viel Geld aufgenommen als für Investitionen ausgegeben. Schauen Sie sich an, was die Regierung dagegen tut! Ich habe ein paar Forderungen aus dem Katalog von Herrn Eichel vorgetragen.

Es ist übrigens merkwürdig, dass er als Fordernder in die Verhandlungen mit den anderen europäischen Finanzministern geht, anstatt ganz kleinlaut, am besten unter der Tür hindurch, in den Saal zu kommen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Er muss in Sack und Asche gehen!)

– Er muss in Sack und Asche gehen, wie der Kollege richtig sagt. – Anstatt dort kleinlaut aufzutreten, stellt er Forderungen, um deutlich zu machen, welche Zugeständnisse ihm die anderen Finanzminister möglicherweise machen sollen. Dabei ist das Kriterium 3-Prozent-Defizit bereits heute eine Regel, die einen erheblichen Spielraum eröffnet. Wenn man 3 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt an Krediten aufnehmen kann, dann heißt das doch, dass man eine Flexibilität in diesem Umfang hat. Wenn das nicht ausreicht, reichen auch neue Vereinbarungen nicht. Wer das eine Gesetz bricht,

(D)

Dietrich Austermann

- (A) bricht auch das andere Gesetz. Hier will der Straftäter den Gang des Strafprozesses dirigieren. Das kann so nicht angehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Rot-Grün marschiert mit Turbo in den Schuldenstaat. Seit 1998 wurden 180 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, davon 110 Milliarden Euro in den letzten drei Jahren. Der Verfassungsbruch und die Verletzung des Maastricht-Vertrages werden zur Regel.

Angesichts dieser Tatsachen fragt man sich: Was tut die Regierung? Es gibt Erkenntnisse, die dafür sprechen, dass ernsthaft an einer Erhöhung der Mehrwertsteuer gearbeitet wird. Meine Recherchen haben ergeben, dass im Finanzministerium der eine oder andere auf die Frage „Bereitet ihr eine Mehrwertsteuererhöhung vor?“ antwortet: So wie die Lage der Finanzen ist, gibt es keine Denkverbote mehr. Ich möchte heute von demjenigen, der für den Finanzminister redet, wissen: Trifft es zu, dass Sie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorbereiten, oder nicht? Sehen Sie dazu Alternativen? Frau Simonis in Schleswig-Holstein hat den Anfang gemacht. Sie fordert seit Jahren eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Ich möchte gerne wissen, ob Sie eine gleichermaßen verhängnisvolle Finanz- und Haushaltspolitik machen wie Schleswig-Holstein. Das muss hier heute aufgeklärt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**
Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es geht um Schleswig-Holstein!)

Dietrich Austermann (CDU/CSU):

Letzter Satz, Frau Präsidentin. – Sie haben das Land in die Krise geritten, sodass Sie im nächsten Jahr praktisch nur noch mit Überziehungskrediten arbeiten können, gewissermaßen mit dem Dispo des Steuerzahlers. Sie müssen uns erklären, wie Sie aus dieser Falle, die Sie selbst gestellt haben, wieder herauskommen. Wir jedenfalls tragen diesen Bruch von Gesetzen, Verfassung und des Maastricht-Vertrages nicht mit. Wir wollen zu einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik und damit zu sinkenden Arbeitslosenzahlen zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Das Wort hat die Kollegin Brigitte Schulte, SPD-Fraktion.

Brigitte Schulte (Hameln) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! In einer Stunde und 14 Minuten trifft sich der Vermittlungsausschuss. Er trifft sich deshalb, weil eine unverantwortliche Opposition und die Mehrheit des Bundesra-

tes bis heute verhindert haben, dass der Bundeshaushalt, den wir in diesem Parlament Ende November mit Mehrheit korrekt beschlossen haben, immer noch nicht in Kraft treten konnte. (C)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist schon die Unwahrheit im ersten Satz! – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wir mussten weitere Steuererhöhungen verhindern!)

Sie tun das auf der Grundlage von politischen Gesichtspunkten, die genauso durchsichtig sind wie der Anlass für diese Aktuelle Stunde.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gäbe es am Sonntag keine Landtagswahl in Schleswig-Holstein, Herr Kollege Austermann, dann hätten wir jetzt korrekt unsere Haushaltsausschusssitzung fortsetzen und über den Stabilitätspakt nachdenken können.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wir haben Kürzungen von 10 Milliarden Euro vorgeschlagen!)

– Darauf komme ich gleich. Sie als Opposition und die Mehrheit des Bundesrates verhindern, dass wir den Haushalt, den dieser Bundestag mit seiner Mehrheit Ende November beschlossen hat, ordnungsgemäß in Kraft setzen können.

(Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Leider nicht ordnungsgemäß! Das ist das Entscheidende!)

– Auf die Verfassungsmäßigkeit komme ich gleich. Das ist der nächste Punkt. Für den Stammtisch und für Ihre eigene Klientel erklären Sie, es müssten weitere Steuer-senkungen und -vergünstigungen durchgeführt werden. Mit Solidität hat das überhaupt nichts zu tun. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will als langjährige Parlamentarierin nicht so weit gehen, zu sagen, dass Sie verantwortungslos handeln. Aber verantwortlich handeln Sie in dieser Situation weiß Gott nicht.

Es geht aber noch ein bisschen weiter. Gemeinsam haben Bundesrat, Bundesregierung und Bundestag in den letzten fünf Jahren eine steuerliche Entlastung von 52 Milliarden Euro netto beschlossen, Herr Kollege Austermann. Hätten wir dies nicht gemeinsam gemacht, dann würden wir uns über bestimmte Finanzprobleme wahrscheinlich nicht zu unterhalten haben. Wir haben es aber getan, weil wir gemeinsam die Konjunktur ankurbeln wollten und weil wir davon ausgingen, dass dadurch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands erhöht wird. Genau dies ist erfolgt, Herr Kollege. Wir haben es in Deutschland 2004 geschafft, im Export alle internationalen Rekorde zu brechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Aber die Arbeitslosigkeit!)

Brigitte Schulte (Hamel)

- (A) Ich war mit einer Delegation unserer Kollegen zum National Prayer Breakfast. Der Kollege Grassley, seines Zeichens amerikanischer Senator und langjähriger Vorsitzender des Finanzausschusses, hat mich erstaunt gefragt:

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Welche Leute Sie kennen!)

Wie erreichen Sie als ein Land, das kürzere Wochenarbeitszeiten hat, eine so gewaltige Effizienz, effizienter als jeder große Industriestaat der westlichen Gesellschaften?

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Arbeitsproduktivität ist in den USA stärker gestiegen als hier!)

– Ich komme gleich darauf.

Es wunderte ihn deshalb auch nicht, dass die Amerikaner

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sonst geben Sie auf die Amerikaner doch auch nichts, Frau Schulte!)

so viel Kapital nach Deutschland exportieren und dort Investitionen tätigen. Schauen Sie sich einmal an, wer sich alles um unsere Anleihen schlägt. Schauen Sie sich einmal an, wie die amerikanischen Finanzdienstleister auf den europäischen Märkten agieren. Das kann doch wohl kaum daran liegen, dass wir eine unbefriedigende Finanzpolitik machen.

- (B) (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Reden Sie doch mal zum Thema!)

Sie von der CDU stellen – nur ein bisschen von der CSU gebremst – noch weiter gehende Forderungen nach Steuerensenkungen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sagen Sie etwas zum Wetter, Frau Schulte!)

Ich habe mir die entsprechenden Zahlen angesehen. Ich kann es kaum glauben, weil ich Sie der Beherrschung der vier Grundrechenarten für fähig halte. Sie fordern eine weitere Steuerenkung in Höhe von 32 Milliarden Euro.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das schafft Wachstum und Beschäftigung!)

– Das haben wir schon bei den 52 Milliarden Euro geglaubt. Sie loben immer Herrn Kirchhof.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie sind ökonomisch gescheitert!)

Ich habe das zweifelhafte Vergnügen, ihn seit 29 Jahren in haushaltspolitischen und finanzpolitischen Fragen zu begleiten. Er glaubt, wir müssten die Steuern sogar in Höhe von 42 Milliarden Euro senken.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Erstens. Der Euro ist so stark wie nie. Zweitens. Die deutsche Volkswirtschaft ist so stark wie nie.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Was?)

- (C) Drittens. Wir haben ein Einnahmeproblem, das Bund, Länder und Gemeinden in Schwierigkeiten gebracht hat.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Weil keine Beschäftigung da ist!)

Das will ich überhaupt nicht bestreiten. Anstatt dem Finanzminister in den Rücken zu fallen, müssen wir jetzt aufpassen, dass sich dieser Stabilitätspakt weiterentwickelt.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Weiterentwickelt oder aufweicht?)

Ich bin nämlich nicht gewillt, den Unfug der 90er-Jahre mitzumachen, der darin bestand, dass wir mehr als alle anderen für Europa gezahlt und gleichzeitig die deutsche Einheit geschultert haben. Das brauchten andere Länder nicht. Wir können nicht alles gleichzeitig leisten.

Ich glaube schon – da sind wir uns einig, Herr Kollege Austermann –,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da bin ich mir nicht so sicher!)

dass wir die Verschuldung des Staates in Grenzen halten müssen.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Warum tun Sie es nicht?)

Das ist meine tiefe Überzeugung. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass das, was Sie heute hier machen, nichts anderes als billige Wahlkampfpolemik ist.

- (D) Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Professor Dr. Andreas Pinkwart, FDP-Fraktion.

Dr. Andreas Pinkwart (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Nachrichten zum Stabilitätspakt und zum Wachstum vom heutigen Tage lassen die durch die dramatischen Arbeitslosenzahlen hervorgerufenen ohnehin schon dunklen Wolken über unserem Land noch dunkler erscheinen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ macht mit der Überschrift auf: „Die deutsche Wirtschaft schrumpft“. Die „Financial Times Deutschland“ titelt: „Deutschland hebt Defizitverfahren aus“.

Die rot-grüne Koalition – Frau Schulte, Sie haben das eben exemplarisch deutlich gemacht – versucht, angesichts der dramatischen Lage den Eindruck zu vermitteln, als sei der von Deutschland durchgesetzte Stabilitäts- und Wachstumspakt verantwortlich für die Krise in unserem Land. In Wahrheit verhält es sich aber so, dass sich Rot-Grün seit drei Jahren eben nicht an diesen Vertrag hält, sondern ihn – genauso wie das Grundgesetz –

Dr. Andreas Pinkwart

- (A) permanent verletzt. Sie sind für die Krise in unserem Land verantwortlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ihre Politik führt im Ergebnis zu 5 Millionen Arbeitslosen, zu exorbitanten Schulden und über kurz oder lang, wenn Sie so weitermachen, zum Staatsbankrott. In dem Maße, in dem die Staatsverschuldung angestiegen ist, sind auch die Arbeitslosenzahlen angewachsen. Zugleich wird der Stabilitätspakt im Jahr 2005 nach allem, was wir wissen, zum vierten Mal hintereinander gebrochen. Für ein Aufweichen der Verschuldungsgrenzen des Stabilitätspaktes spricht daher nichts, aber auch gar nichts. Gegen Stagnation wegen hoher Kosten und Steuern, wegen zunehmender Regulierungsdichte und wegen grüner, ideologisch begründeter Wachstumskiller helfen keine Nachfragespritzen.

Ich zitiere das „Handelsblatt“ vom heutigen Tage. Frau Schulte, Sie sollten es sich vielleicht einmal anschauen.

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Ich habe es in der Tasche!)

– Lesen ist auch gut. – Es heißt dort mit Blick auf das, was Sie über Deutschland als Exportweltmeister gesagt haben, im Kommentar auf der ersten Seite:

Schließlich ist 2004 selbst das gewaltige, kostenlose Konjunkturprogramm aus dem Ausland verpufft.

- (B) Warum ist es verpufft? Hierzu stellt „Die Welt“ in einem Kommentar auf der ersten Seite fest – ich zitiere aus der heutigen Ausgabe –:

Während die Wirtschaft weltweit 2004 so stark gewachsen ist wie seit fast drei Jahrzehnten nicht mehr, hat Deutschland das Kunststück vollbracht, bei diesem Aufschwung in erster Linie Zuschauer zu bleiben.

Genau das ist der Punkt. Sie – vor allem die Regierung, die nahezu vollständig durch Abwesenheit glänzt – verschwenden Ihre Zeit und Ihr Engagement darauf, in Brüssel die Regeln des Stabilitätspaktes aufzuweichen, statt endlich im Land die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Statt entschlossen zu handeln, schwebt der Kanzler. Er schwebt aber nicht auf einer Woge des wirtschaftlichen Erfolges; er schwebt in Wahrheit als Pleitegeier über dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Mit Rabulistik fordert er eine Ausweitung des Verschuldungsspielraums. Das ist ökonomisch falsch gegenüber den Arbeitslosen und den Steuerzahlern und verantwortungslos gegenüber der künftigen Generation. Statt die Regeln auszuhebeln und kreative Buchführung zu betreiben, ist es erforderlich, dass die Regierung endlich die Probleme, die in die Misere geführt haben, klar benennt und löst.

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Das war Ihre Politik in den 80er-Jahren!)

Es muss endlich Schluss sein mit einer Politik fehlerhafter Prognosen, gebrochener Versprechen, hektischer Ankündigungen, ungerechter und unverständlicher Steueränderungen und bürokratischer Hemmnisse. Was unser Land braucht, ist eine nachhaltige Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung, die Konsumenten und Investoren von der Last zu hoher Steuern und Abgaben und einer überbordenden Bürokratie befreit und den Menschen – das ist das Entscheidende – wieder eine klare Perspektive und Vertrauen gibt, damit sie verstärkt konsumieren und investieren. Dieses Vertrauen wird aber durch Ihre Politik, durch die Verletzung der Regeln und die Untätigkeit in Fragen, in denen Sie handeln müssten, beschädigt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir fordern Sie daher auf: Beenden Sie den schädlichen Basarhandel um den Stabilitäts- und Wachstumspakt in Brüssel und legen Sie endlich – diese Woche böte die Gelegenheit dazu – dem Bundestag die notwendigen Konzepte vor! Ihr Bundeswirtschaftsminister hat einige vorgelegt, die aber vom Finanzminister und anderen umgehend wieder zurückgenommen wurden. Legen Sie in dieser Notlage endlich das vor, was unser Land braucht, und lassen Sie die Finger von dem, was unserem Land weiteren Schaden zufügen würde!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Anja Hajduk, Bündnis 90/Die Grünen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Jetzt kommt die Nachhaltigkeit in Person!)

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– Keine Vorschusslorbeeren, Herr Kollege!

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte gehofft, dass es Herr Austermann am Ende seines sicherlich engagierten Wahlkampfeinsatzes für Schleswig-Holstein heute schaffen würde, einen Grundwiderspruch der Union aufzulösen. Beantragt wurde eine Aktuelle Stunde zur Verschuldung und zum europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Es geht um ernste Ziele und wichtige Themen.

Ich möchte aber deutlich sagen: Der Grundwiderspruch der Union liegt darin, ihre manchmal auch mit ideologischer Verve vorgetragene Forderung einer Politik der Steuersenkungen im zweistelligen Milliardenbereich mit der wichtigen Einhaltung der Stabilitätskriterien zusammenzuführen. Sie haben noch vor einigen Wochen eine gemeinsame Anhörung zu diesen Themen zustande gebracht. Sie hätten dabei eine echte Chance gehabt, diesen Grundwiderspruch aufzulösen. Das hätte einen Lernfortschritt aufseiten der Opposition bedeutet, den dieses Land nötig hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte begründen, warum dieses Land das so nötig hat.

Anja Hajduk

- (A) (Hans Michelbach [CDU/CSU]: Schon mal was vom Sparen gehört?)

Vorhin wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass heute der Vermittlungsausschuss tagt. Dabei geht es auch um den Subventionsabbau.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das haben Sie doch abgelehnt!)

Wenn bis tief in Ihre Reihen hinein heute die Tatsache anerkannt wird, dass wir mit der bestehenden Steuerquote in der Haushaltspolitik auf keinen verlässlichen Zweig kommen,

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Arbeitslose zahlen keine Steuern! Die Steuerquote ist doch bloß so niedrig, weil die Arbeitslosen keine Steuern zahlen!)

wenn sich auch bei Ihnen offiziell die Erkenntnis durchsetzt, dass es nicht angebracht ist, massive Steuerentlastungen zu versprechen, sondern dass es darum geht, das Steuersystem zu verändern, und wenn Sie die unselige Verknüpfung einer von Ihnen nicht mehr verfolgten Einkommensteuersenkung mit der Verhinderung des Subventionsabbaus aufgeben, dann kommen wir mit Blick auf nachhaltige Haushalte hoffentlich einen Schritt weiter, auch wenn Sie sich nicht getraut haben, das hier zuzugeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Ich will noch einmal deutlich festhalten: Die Experten haben sich von Ihnen abgewandt. In der Einkommensteuerdiskussion sind Sie nun aufgrund Ihrer absurden Orientierung an Tarifsenkungen statt einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage isoliert.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Stimmt doch nicht! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Erzählen Sie doch einmal etwas zum Stabilitätspakt!)

Da ich glaube, dass Sie diese Isolation nicht wollen, habe ich Hoffnung auf Bewegung in den nächsten anderthalb Jahren.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

Das gilt im Übrigen auch für die Unternehmensteuerreform.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Was sagt denn Herr Clement dazu?)

Sie werden sicherlich ein paar Jahre brauchen, um zu verstehen, dass es notwendig ist, die Zusammenhänge zwischen Tarif und Bemessungsgrundlage zu berücksichtigen. Wir sind auf die zukünftigen Auseinandersetzungen gespannt.

Ich komme nun auf das Thema europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt zu sprechen und möchte ausdrücklich Stellung dazu nehmen, was ich an der aktuellen Reformdiskussion für richtig und wichtig und was ich für falsch halte. Ich halte es für maßgeblich, dass die

europäische Koordinationsinstanz für die Finanz- und die Wirtschaftspolitik erhalten bleibt. (C)

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das Gegenteil machen Sie doch!)

Deswegen würde ich es kritisieren und bedauern, wenn es besondere nationale Gründe gäbe, die die Einleitung eines Defizitverfahrens verhindern; das will ich hier ganz deutlich sagen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Aha! Das ist ganz was Neues!)

Ich hielte auch nichts davon, wenn es eine beliebig lange Liste mit Ausnahmen, eine Art Wunschliste, gäbe.

(Zurufe von der CDU/CSU: Aha!)

Ich bin davon überzeugt, dass wir dann bei der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht in die richtige Richtung gingen. Ich halte es aber für falsch, sich einer Reformdiskussion nicht zu stellen. Sie haben nicht gesagt, welche Richtung die Reform einschlagen muss, damit Sie sie mittragen. Ich will ganz deutlich sagen:

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Es soll so bleiben, wie es ist! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Verschlimmbessern geht nicht mehr!)

Wenn ein Land die Latte beim Defizitkriterium reißt – davon ist Deutschland momentan betroffen –, dann ist es nach meiner Meinung berechtigt, zu schauen – ich glaube, zu sehen, dass die Europäische Union in diese Richtung argumentiert, und zwar zu Recht –, ob das betreffende Land genügend Reformeifer beim nachhaltigen Abbau der impliziten Verschuldung zeigt oder nicht. (D)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wo bleibt eigentlich der Oswald Metzger? Der hätte euch die Leviten gelesen für so eine Rede!)

Damit will ich sagen, dass die Europäische Kommission es positiv bewerten sollte,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Filibustern!)

wenn ein Land schwierige Reformen in der Renten- und der Arbeitsmarktpolitik durchführt.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Also doch Ausnahmen!)

Wenn man in der Reformdiskussion zu dem Ergebnis käme, dass der Abbau der impliziten Verschuldung ein Merkmal für eine gute, qualitätsvolle Haushaltspolitik ist, dann kämen wir einen Schritt weiter. Ich würde das begrüßen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Des Weiteren finde ich es richtig und wichtig, darzulegen, wo die Diskussion über die Lissabon-Strategie mit der über die Stabilität zusammengeführt werden muss. Das heißt, eine wirkliche Stärkung der Ausgaben im Bereich von Bildung und Forschung ist notwendig.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Streichen Sie die Steinkohlesubventionen und geben Sie das Geld für Bildung und Forschung aus!)

Anja Hajduk

- (A) Wenn Sie von der Opposition uns wegen der schwierigen Haushaltslage geißeln, dann will ich Ihnen sagen: Sie sind Vorschläge für eine wirkliche Reform der sozialen Sicherungssysteme schuldig geblieben, die unsere Haushalte langfristig gesunden lässt. Sie ergehen sich vielmehr ständig in haushaltspolitischem Aktionismus. Das ist unglaublich und führt nicht weiter.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Deswegen haben Sie nicht zu einer Lösung beigetragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Bartholomäus Kalb, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was sich die Bundesregierung nun in Sachen Stabilitäts- und Wachstumspakt leistet, schadet in hohem Maße Europa insgesamt, der europäischen Gemeinschaftswährung und in besonderem Maße den europäischen Institutionen. Es schwächt vor allem das Vertrauen und verstärkt die Zweifel hinsichtlich der Verlässlichkeit getroffener Vereinbarungen und Regelwerke.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Was noch schwerer wiegt: Schröder und Eichel gefährden das Vertrauen der Menschen in die Politik. Es kommt einem Vertrauensbruch gleich, was hier begangen wird. Bekanntlich haben wir, die Bundesrepublik Deutschland, besonders darauf Wert gelegt, dass mit dem Vertrag von Maastricht ein klares Regelwerk vorhanden ist. Wir haben den Menschen versprochen, dass der Euro genauso stabil sein wird wie die D-Mark.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist das!)

Dieses Versprechen muss auch gehalten werden. Hier wird es mit Füßen getreten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Wie bitte?)

Das jetzige Vorgehen wird dem Euro auch langfristig schaden. Wir dürfen uns von den aktuellen Kursrelationen hier nicht irritieren lassen. In einer früheren Debatte ist vom Kollegen Bernhardt schon darauf hingewiesen worden: Die momentane Euro-Dollar-Relation hat etwas damit zu tun, dass der Dollar – vermutlich absichtlich – vergleichsweise schwach gehalten wird.

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Ja, das erzählen Sie mal!)

Außerdem sind bei der Einführung des Euro viele internationale Finanzanleger und Zentralbanken nicht in den

Euro gegangen, sodass es dort wohl einen gewissen Nachholbedarf zu decken gilt. (C)

(Lachen der Abg. Brigitte Schulte [Hameln] [SPD])

Nun fordern Sie Flexibilisierung. Dazu muss man schon sagen: Wenn 3 Prozent – das sind gesamtstaatlich rund 65 Milliarden Euro – keine ausreichende Flexibilität bieten, dann weiß ich nicht, was Flexibilität sein soll.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bei einer guten, vernünftigen Politik müsste es möglich sein, auch schwierige Situation im Rahmen dieser 3 Prozent zu bewältigen.

Die 3 Prozent sind ja nicht aus der Luft gegriffen. Man hat damals vernünftigerweise unterstellt, dass es mit der Einhaltung der 3-Prozent-Grenze unter der Voraussetzung einer durchschnittlichen Inflation und bei einem mittleren Wachstum gelingen könnte, die gesamtstaatliche Verschuldung innerhalb der 60-Prozent-Grenze zu halten. Das wird meistens nicht gesagt.

Am 14. Juni 2002 hat uns Herr Eichel regierungsmäßig versprochen – ich habe das dokumentiert –, auf der Basis der vereinbarten Eckwerte bereits im Jahre 2004 einen „nahezu ausgeglichenen“ und im Jahre 2005 einen nach der EU-Abgrenzung „ausgeglichenen“ Staatshaushalt vorzulegen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Hört! Hört! – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wo ist denn der Märchenerzähler?)

Davon sind Sie heute Lichtjahre entfernt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Noch schlimmer ist: Sie bemühen sich nicht mehr, diese Kriterien zu erfüllen. Sie bekämpfen nicht mehr die Verschuldung und die Defizite, sondern die Kriterien und den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Andere Länder gehen einen anderen Weg. Bayern versucht, den Haushalt zu konsolidieren. Auch viele andere Länder und Gemeinden versuchen, die Haushalte zu konsolidieren. Das ist aber ein dornenreicher Weg, beispielsweise in Ländern wie Hessen und Niedersachsen, wo die Spitzen der SPD einstmals regiert haben.

Wenn man sich die Verschuldungs- und die Wachstumskurven anschaut, dann erkennt man: Die Verschuldung ist steil angestiegen und die Wachstumsraten sind genau in dem Moment weggesackt,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Ja!)

wo Sie angefangen haben, die Steuer- und Abgabenlast durch Ökosteuer, durch Energiesteuer, durch Tabaksteuer, durch UMTS-Lizenzen – auch das war für eine bestimmte Branche eine Sondersteuer –

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

und durch eine chaotische Steuer- und Sozialgesetzgebung zu erhöhen. Es gab in den letzten sechs Jahren über 90 steuerrechtsändernde Gesetze und über 50 Gesetze zur Änderung des Arbeits- und Sozialrechtes; zum Teil gab es die Korrektur der Korrekturen.

Bartholomäus Kalb

- (A) (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ein Tohuwabohu ohnegleichen!)

Das hat zu Verunsicherung und zu mehr Bürokratie geführt.

Jetzt kommen Sie auch noch mit dem Antidiskriminierungsgesetz. Wenn das in Kraft tritt, dann brauchen wir uns um Wachstumsimpulse nicht mehr zu bemühen, weil wir jedes sprießende Pflänzchen sofort tottrampeln.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Dazu kann ich nur sagen: Gute Nacht, Freunde von Rot-Grün.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Was wir brauchen, ist eine Politik der Berechenbarkeit anstelle einer Politik der Beliebigkeit. Es ist wichtig, dass wir uns gemeinsam bemühen und auch von der Bundesseite her mit Blick auf Länder und Kommunen alle Ausgaben genau durchforsten.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Machen Sie mal doch mal einen Vorschlag!)

Es ist wichtig, dass wir durch die Bundesgesetzgebung es auch den Ländern und Gemeinden ermöglichen, ihre Haushalte zu konsolidieren.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, auch Sie haben nur fünf Minuten.

- (B)
- Bartholomäus Kalb**
- (CDU/CSU):

Ich komme sofort zum Ende, Frau Präsidentin. – Der Bundesrat hat den Entwurf eines kommunalen Entlastungsgesetzes eingebracht, weil die Ausgaben in den Gemeinden explosionsartig steigen und die Gemeinden keine Chance mehr haben, die Ausgaben zu begrenzen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Kalb, es hilft nicht, wenn Sie darauf nicht reagieren.

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Deswegen kann ich nur darum bitten, dass wir diesen Gesetzentwurf des Bundesrates hier ernsthaft diskutieren und ihm im Ergebnis zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Karl Diller.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es bleibt einem aber auch nichts erspart!)

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Aktuelle Stunde“ heißt dieser Tagesordnungspunkt. Was ist an diesem Thema eigentlich aktuell?

- (C) (Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Morgen wollen Sie den Stabilitätspakt töten! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Den Pakt beseitigen!)

Vor drei Wochen haben wir auf Ihren Antrag hin über das gleiche Thema diskutiert. Seit dieser Zeit hat sich an der Haltung der Bundesregierung nichts geändert.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jeden Tag wird es schlimmer mit Ihren Versuchen, den Stabilitätspakt auszuhebeln!)

Es ist in den Ausschüssen darüber diskutiert worden. Es hat eine Anhörung im Bundestag stattgefunden. Es ist im Bundestag debattiert worden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Und Sie haben es immer noch nicht kapiert! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Hoffnung stirbt zuletzt, Herr Staatssekretär!)

Die Position der Bundesregierung ist bekannt: Wir wollen den Stabilitäts- und Wachstumspakt weder abschaffen noch aufweichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Gibt es den Brief von der Bundesregierung eigentlich?)

Aber im Unterschied zu Ihnen beteiligen wir uns auf der europäischen Ebene an der Diskussion über die Fortentwicklung. Sie sind die Einzigen, die im Abseits stehen. Wenn Sie wollen, lassen wir Sie weiter im Abseits stehen. Sie wissen ja, was es bedeutet, wenn auf dem Sportplatz einer im Abseits steht.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sie haben den Schiedsrichter vom Platz genommen!)

Wir bekennen uns zum Stabilitäts- und Wachstumspakt, weil – ich sage es noch einmal – die EU eine Koordinierung und eine Regelbindung für die Finanzpolitik braucht.

Nun sind einige Redner mit neuen Einwänden gekommen, darunter der Kollege Austermann. Deswegen sei ihm klar gesagt: Derartige Planungen gibt es nicht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir glauben Ihnen nichts mehr, Herr Staatssekretär! Sie haben so oft nicht das Richtige gesagt!)

Professor Pinkwart hat gemahnt, es sollte neue Steuer-senkungen geben.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das hat Ihr Wirtschaftsminister gesagt!)

Neben ihm sitzt der Herr Kollege Michelbach, dem ich heute auf seine mündliche Frage hin aufgelistet habe,

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Ich habe Sie gefragt, ob Herr Clement die Steuern senken will!)

wie wir die Steuern gesenkt haben, beispielsweise auch für sehr gut verdienende Unternehmen.

(D)

Parl. Staatssekretär Karl Diller

(A) Erstes Beispiel:

(Zuruf von der CDU/CSU: Macht er jetzt Fragestunde oder was?)

Eine GmbH mit 250 000 Euro Gewinn vor Steuern, die ihren Gewinn zu zwei Dritteln an ihren alleinigen Anteilseigner ausschüttet,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sagen Sie mal was zur Tagesordnung, Herr Diller!)

hatte zu Ihrer Regierungszeit, 1998, noch Gewerbe-, Körperschaft-, Einkommensteuer und Solizuschlag von 128 000 Euro zu bezahlen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der Referent hat ihm die falsche Rede eingepackt!)

Das waren 51,3 Prozent Gesamtbelastung. In diesem Jahr beträgt die Gesamtbelastung nur noch 111 000 Euro oder 44,4 Prozent.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: In Österreich 25 Prozent!)

Damit werden immerhin 13,5 Prozent Steuern gespart.

(Beifall bei der SPD)

Ein Einzelunternehmer musste zu Ihrer Regierungszeit

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Weil Sie alles verhindert haben!)

(B) bei einem Gewinn von 250 000 Euro – das ist für einen Einzelunternehmer ein extrem hoher Gewinn; die Prozentzahlen, die ich Ihnen als Entlastung angebe, sind bei geringer Verdienenden natürlich viel größer –

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sagen Sie doch mal was zum Stabilitätspakt, Herr Diller!)

132 000 Euro an Gewerbe- und Einkommensteuer sowie Solidaritätszuschlag zahlen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Deswegen haben wir auch so ein brüllendes Wachstum!)

Das entsprach einer Gesamtbelastung von 52,9 Prozent. Die war damit zu Ihrer Regierungszeit höher als die steuerliche Belastung einer Kapitalgesellschaft.

Wir haben das geändert. Heute zahlt dieser Unternehmer nicht mehr 132 000 Euro, sondern nur noch 105 000 Euro Steuern.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Mit einer anderen Bemessungsgrundlage!)

Das ist, bezogen auf den Gewinn vor Steuern, nur noch eine Belastung von 42,1 Prozent.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Sagen Sie was zum Thema!)

Damit liegt sie sogar um zwei Prozentpunkte niedriger als bei einem vergleichbar hohen Gewinn einer GmbH.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der Referent soll ihm mal die richtige Rede bringen!)

Die Steuerbelastung ist um ein Fünftel, um 20 Prozent, gesunken; darauf sind wir stolz. Das halten wir im Interesse unserer Volkswirtschaft auch für geboten. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nächstes Beispiel: Wenn Sie unsere Vorschläge für den Subventionsabbau mitgetragen hätten,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Kohle oder was?)

hätten wir 17,5 Milliarden Euro eingespart.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hätte bedeutet, dass wir beim Maastricht-Kriterium um 0,75 Prozentpunkte besser abgeschnitten hätten.

(Zuruf von der SPD: Ganz genau!)

Dass wir jetzt also um 0,75 Prozentpunkte schlechter abschneiden, ist ausschließlich Ihre Schuld, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der CDU/CSU: Schuld sind immer die anderen!)

Nun komme ich noch einmal zu Ihren Vorschlägen für einen besseren Haushalt.

(Zuruf von der SPD: Die gibt's doch gar nicht! – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sagen Sie etwas zur Kohle! – Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sagen Sie etwas zu Maastricht!)

Die Parteifreunde von den Damen und Herren, die hier rechts sitzen, haben im Bundesrat dafür gesorgt, dass unser Haushalt noch nicht in Kraft ist. (D)

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Weil er mit der Realität nichts zu tun hat! 12 Milliarden Lücke! Verfassungswidrig! – Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Der ist schon jetzt Makulatur!)

Das bedeutet, dass vom Staat keine Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen, denn der Verkehrsminister und alle anderen Minister dürfen die Mittel, die für neue Projekte vorgesehen sind, nicht bewilligen,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Aber für Werbung!)

weil wir immer noch keinen rechtskräftigen Haushalt haben. Sie halten die wirtschaftliche Entwicklung auf, nicht wir!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sie haben doch einen Haushalt vorgelegt, der nicht haltbar ist!)

Nun ein paar Worte zur Solidität Ihrer Vorschläge bezüglich des Haushaltes.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Jetzt sagen Sie doch einmal etwas zum Stabilitätspakt!)

Parl. Staatssekretär Karl Diller

- (A) Sie wollten – das haben Sie eben auch in Ihren Zwischenrufen wieder bestätigt – den Zuschuss für die Steinkohleförderung auf null zurückführen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wissen Sie überhaupt, dass es hier um den Stabilitätspakt geht, Herr Staatssekretär?)

Damit würden wir in der Tat 1,6 Milliarden Euro sparen. Gleichzeitig hätten wir aber einen Vertrag gebrochen,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das interessiert Sie sonst doch auch nicht!)

den ein FDP-Wirtschaftsminister, der leider Gottes verstorben ist, nämlich Herr Rexrodt, selbst unterschrieben hat. Der damalige Wirtschaftsminister Rexrodt hat als Mitglied der Kohl-Regierung diesen Vertrag unterschrieben.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das sah ganz anders aus!)

Wir sind an diesen Vertrag gebunden. Mit Ihrem Antrag auf Streichung der Kohlesubventionen fordern Sie uns zum Vertrags- und Rechtsbruch auf. Was ist denn das für ein Vorschlag, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hanebüchener Blödsinn!)

- (B) Sie haben zweitens vorgeschlagen, den Etatansatz für die Arbeitslosenhilfe in diesem Haushaltsjahr um 1 Milliarde zu senken. Wenn wir diesem Vorschlag gefolgt wären, hätte das bedeutet, wir hätten den Arbeitslosenhilfeempfängern

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Es gibt doch gar keine Arbeitslosenhilfe mehr!)

am Ende des Monats Dezember, wo sie nach altem Recht ihre Arbeitslosenhilfe ausgezahlt bekommen,

(Zuruf von der [CDU/CSU]: Ist doch schon lange vorbei!)

zwei Drittel der ihnen zustehenden Arbeitslosenhilfe gar nicht auszahlen können.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es gibt keine Arbeitslosenhilfe mehr! Herr Staatssekretär, das ist die Rede vom letzten Jahr!)

Es ist unglaublich, dass Sie in diesem Parlament eine solche Täuschung der Menschen wagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens haben Sie beantragt, die Ausgaben für Zinsen und Gewährleistungen um 1,8 Milliarden zu kürzen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Mit Recht!)

Wenn wir das gemacht hätten, wären wir ein Risiko eingegangen, das eigentlich nur ein Zocker eingeht.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das kümmert euch doch sonst nicht! – Zuruf von der SPD: Ein Schiedsrichter!) (C)

Die Wahrscheinlichkeit nämlich, dass wir in diesem Jahr 1,8 Milliarden an Zinsen und Gewährleistungen einsparen könnten, liegt bei 15 Prozent.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: 16 Prozent!)

Wer bei einer Wahrscheinlichkeit von 15 Prozent 1,8 Milliarden Euro einsparen will, der muss von absoluter Zockermentalität geprägt sein.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie verstehen doch nicht im Ansatz, was Sie da vortragen!)

Das hat nichts mehr mit seriöser Haushaltsplanberatung zu tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich die Krönung des Ganzen: Die Union hat vorgeschlagen, alle flexibilisierten Mittel um 10 Prozent zu kürzen. Das hätte bedeutet, mehrere tausend Bedienstete des Bundes

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Er hat es immer noch nicht begriffen!)

hätten sich samt ihren Familienangehörigen mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Luft auflösen müssen, weil wir ihnen kein Gehalt mehr hätten überweisen können. (D)

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Herr Diller, wir reden über den Stabilitäts- und Wachstumspakt! Dazu sagen Sie nichts!)

Wer solche Vorschläge macht, hat keinen Anspruch, hier als seriös wahrgenommen zu werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Nichts zum Thema! Unfassbar! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Gott schütze Rheinland-Pfalz!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Leo Dautzenberg, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatssekretär, das Thema der Aktuellen Stunde lautet: Verschuldung und europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt. Zu den entsprechenden Punkten, zu denen sich der Finanzminister in den letzten Wochen und sogar noch Tagen eingelassen hat, haben Sie hier kein Wort verloren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Pfui!)

Leo Dautzenberg

- (A) Wir haben kein einziges Wort gehört, wie Sie dem Stabilitäts- und Wachstumspakt demnächst entsprechen wollen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sei gnädig mit ihm! Er hat die falsche Rede gehabt!)

Eine weitere Frage haben Sie auch nicht beantwortet, nämlich die Frage nach der Mehrwertsteuererhöhung. Dazu gibt es ja in Ihrem Hause konkrete Überlegungen. Diese Frage haben Sie nicht beantwortet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der SPD: Das ist eine Lüge!)

Sie haben zu bestimmten anderen steuerpolitischen Fragen Stellung bezogen, aber nicht konkret die Frage beantwortet, ob Sie an einer Mehrwertsteuererhöhung arbeiten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Erst nach der Wahl!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist erforderlich, noch einmal in Erinnerung zu rufen, worauf der Stabilitäts- und Wachstumspakt beruht. Er beruht auf den Maastricht-Verträgen, die wiederum Aufnahmekriterien für den Beitritt zum Euroverbund beinhalten. Alle politisch Verantwortlichen waren sich nach langem Ringen einig, dass es nicht nur einen Maßstab für die Aufnahme zum Euroverbund, sondern auch einen Maßstab für eine dauerhafte Festigung dieses Gebildes geben muss, dass also ein Stabilitätspakt geschaffen werden muss, aus dem sich ein Wachstumspakt entwickeln kann.

(B)

(Zuruf des Abg. Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD])

– Denn nur durch Stabilität, Herr Kollege Schultz, lässt sich dauerhaftes Wachstum generieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Umgekehrt – wie Sie es in der Bundesrepublik Deutschland schon seit einigen Jahren praktizieren – funktioniert das nicht.

Das war die Grundlage. Deutschland – vor allen Dingen durch Kohl und Waigel – war führend, als dem Stabilitäts- und Wachstumspakt 1997 auf europäischer Ebene zum Durchbruch verholfen wurde.

Dazu darf ich hier vielleicht eine kleine Reminiszenz anbringen. Was antwortet das Bundesfinanzministerium im Internet auf die Frage: „Was ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt?“? Zitat:

Insbesondere Deutschland als traditionell stabilitätsorientiertes Land hat die Initiative für den Pakt ergriffen und sich maßgeblich für ihn eingesetzt. Aber auch andere, kleinere Mitgliedstaaten haben den Pakt nachdrücklich befürwortet. Alle Staaten haben ihm zugestimmt.

Das war damals die Grundlage. Wenn wir nun sehen, wie vonseiten des Finanzministers und des Kanzlers seit

Monaten an diesem Pakt gerüttelt wird, dann müssten Sie diese aktuelle Haltung auch auf den Internetseiten des BMF darstellen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist die Wühlätigkeit gegen den Stabilitätspakt!)

Es ist ein Unding, meine Damen und Herren! Insofern haben Sie Recht, Herr Diller. Diese Thematik beraten wir seit Monaten: Stabilitäts- und Wachstumspakt und dessen mögliche Flexibilisierung und Weiterentwicklung. Man müsste das auch semantisch klären. Es werden Vorschläge gemacht, die als Änderung oder als Fortentwicklung des Paktes dargestellt werden. Manche sagen, der Stabilitätspakt sei tot. Wenn das so weitergeht, ist er tot. Das darf nicht passieren. Warum unterbreitet der Finanzminister oder auch der Kanzler seine Vorstellungen nicht zuerst hier im Parlament – wir haben das im Finanzausschuss schon oft beraten –, ehe er sie in Brüssel immer wieder neu unterbreitet?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Er spricht nur mit seiner Zeitung!)

Wir haben Beispiele dafür, meine Damen und Herren. Noch vor zwei Tagen war von zehn Punkten die Rede, heute liest man in der „Financial Times Deutschland“, dass es um sechs qualitative Punkte gehe. Man verständigt sich darauf, dass es Sanktionen bei groben Verstößen geben müsse. Schon in Art. 104 des EU-Vertrages steht, dass Vorkehrungen hinsichtlich grober Verstöße gegen die Haushaltspolitik und damit hinsichtlich einer Verschuldungspolitik getroffen werden müssen. (D)

Dies wird im parlamentarischen Bereich nicht thematisiert. Dass Sie auf europäischer Ebene dafür keine Bündnisgenossen finden, ist klar. Klar ist auch, dass auf europäischer Ebene vieles, wie Sie sagen, im Konsens geschieht. Die Länder, die voraussichtlich gegen die Kriterien verstoßen, werden Sie in Bezug auf Veränderungen schnell ins Boot bekommen. Aber wir täten diesem Pakt einen Tord an, wenn er aufgeweicht würde.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Es ist schon mehrmals betont worden: Die Stabilität des Euros hängt auch damit zusammen, dass die anderen Teilnehmerländer in den letzten Jahren eine hohe Stabilität hatten. Wenn wir dieses Kriterium aufweichen, wird das nachhaltig zu Instabilität führen. Dafür gibt es auch in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Beispiele.

Deshalb geht es darum, dass wir uns hier im Plenum über die Kriterien auseinander setzen, ehe der Finanzminister im Ecofin-Rat über eine Aufweichung der Kriterien spricht. Diesen Weg können wir nicht mitgehen. Wir müssen uns im Rahmen des Art. 104 des EU-Vertrages bewegen. Er sorgt für genügend Flexibilität. Die bisherige Diskussion macht deutlich, wie wir in Zukunft verfahren sollten. Wir stehen dazu und würden diese Regierung auch unterstützen, wenn es um die Einhaltung der Kriterien geht.

Vielen Dank.

Leo Dautzenberg

(A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Anna Lührmann, Bündnis 90/Die Grünen.

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn zwei wichtige Fragen stellen, die es im Zusammenhang mit dem Stabilitätspakt zu beantworten gilt. Erste Frage: Hätten wir in Deutschland weniger Probleme in den öffentlichen Haushalten, wenn es den Stabilitätspakt nicht gäbe? Die klare Antwort darauf ist Nein. Auch dann hätten wir sowohl im Bundeshaushalt als auch in den Länderhaushalten ein enormes Problem mit der Verschuldung. Zweite Frage: Hat denn der Stabilitätspakt geholfen, ein zu hohes Defizit des Bundes und der Länder zu verhindern?

(Zurufe von der CDU/CSU: Ja!)

Die Antwort darauf ist ebenfalls Nein.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Nur bei Ihnen nicht! In anderen Ländern schon!)

Deshalb muss es das erklärte Ziel einer Reform des Stabilitätspaktes sein, den Pakt wirksamer zu machen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nein, Sie müssen ihn einhalten!)

In konjunkturell guten Zeiten muss daran gearbeitet werden, Defizite zu reduzieren und Haushalte auszugleichen. Dann hätte man in konjunkturell schlechten Zeiten einen gewissen Spielraum nach unten.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Wo ist die Verantwortung gegenüber der jungen Generation?)

Wir brauchen zwei Reformmaßnahmen, um den Pakt wirksamer zu machen. Mit der ersten Maßnahme soll sichergestellt werden, dass früher eingegriffen werden kann. So kann verhindert werden, dass zu hohe Defizite entstehen. Der präventive Teil des Stabilitätspaktes muss also – darin sind sich viele Finanzminister der Europäischen Union einig – gestärkt werden.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Leider geben Sie aber Kompetenzen an Brüssel ab!)

Dieser Gedanke ist auch schon im Protokoll zur Verfassung ausgedrückt. Die Kommission und der Ecofin-Rat müssen das Recht haben, Auflagen zu erteilen, damit Staaten in konjunkturell guten Zeiten Konsolidierungsprogramme fahren und Defizite abbauen. So können wir langfristig eine nachhaltige Haushaltspolitik erreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Nur macht das der deutsche Finanzminister nicht!)

Mit der zweiten Maßnahme – auch diese sorgt dafür, dass der Stabilitätspakt wirksamer wird – sollen die na-

tionalen Gebietskörperschaften, also die Länder und die Kommunen, stärker in die Pflicht genommen werden. (C)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: So jung und schon dem süßen Gift der Schulden erlegen!)

Denn wir reden bisher immer nur über die Probleme des Bundeshaushalts. Aber die Probleme, die in den Haushalten der Länder und der Kommunen bestehen, werden nicht diskutiert.

Früher eingreifen und den nationalen Stabilitätspakt forcieren sind also die beiden wesentlichen Reformschritte in Bezug auf den Stabilitätspakt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage ganz klar: Erst wenn diese beiden Bedingungen erfüllt werden – und nur dann –, kann man darüber nachdenken, ob man das Defizitverfahren am Ende anpasst.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Botschaft heißt also: Schulden, Schulden, Schulden!)

Aber auch im Zuge einer solchen Reform muss man sich von dem Gedanken leiten lassen, dass 3 Prozent Defizit immer 3 Prozent zu viel sind.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der CDU/CSU: Ah! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr! Dann handeln Sie doch einmal! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Was heißt das denn?) (D)

Die Reform des Stabilitätspaktes in Bezug auf das Defizitverfahren kann nur durchgeführt werden, wenn die folgenden drei Kriterien erfüllt werden:

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Der Eichel hat sechs Kriterien!)

Erstens. Reformen, die zu einer Verminderung des strukturellen und impliziten Defizits führen – sie wurden unter Kohl nicht angepackt –,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Was? Da waren Sie noch gar nicht politisch engagiert!)

– leider, ansonsten hätte er vielleicht anders gehandelt –

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

sollten in einem Defizitverfahren positiv angerechnet werden.

Zweitens. Die Bildungs- und Forschungsausgaben müssen erhöht werden. So wird die Perspektive für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung langfristig verbessert.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Es ist also so, dass die Grünen sechs Punkte haben! Drei kommen von Frau Hajduk und drei kommen von Frau Lührmann!)

Das sind die einzigen Kriterien, nach denen man Länder in einem Defizitverfahren nachsichtiger beurteilen kann.

Anna Lührmann

- (A) Denn es macht keinen Sinn, ein Land, das daran arbeitet, seine strukturelle Verschuldung zu senken, indem es sinnvolle Reformen angeht, zu Strafzahlungen zu verpflichten.

Ich fasse zusammen: Das Ziel muss sein, dass der Stabilitätspakt wirksamer wird. Das heißt, dass wir frühzeitiger eingreifen, um einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen. In konjunkturell guten Zeiten muss konsolidiert und müssen ausgeglichene Haushalte und Haushalte mit einem Einnahmenüberschuss gewährleistet werden. Bund und Länder müssen im Rahmen eines nationalen Stabilitätspaktes Verantwortung übernehmen.

Das ist für mich die Richtung, in die eine Reform des Stabilitätspaktes gehen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Jochen-Konrad Fromme, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU):

- (B) Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Staatssekretär, Sie suchen die Schuld immer bei anderen und niemals bei sich selber. Was nützt es, wenn man den Haushalt schnell verabschiedet? Bei den Bahninvestitionen haben wir es gesehen. Monatelang haben Sie diese verzögert. Die vorgesehenen Mittel konnten nicht ausgegeben werden, obwohl sie bewilligt waren.

Sie sprechen hier von „Zockern“. Sie sollten sich einmal an Ihre eigene Adresse wenden. Schon zum dritten Mal hintereinander haben Sie bewusst einen Haushalt mit riesigen Lücken vorgelegt.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: So ist es! Bundesbankgewinn viel zu hoch angesetzt!)

Am Ende haben Sie dann erstaunt die Augen aufgemacht, als die Realität Sie eingeholt hat. Was unterscheidet uns eigentlich von den Griechen? Ob ich von vornherein mit getürkten Zahlen vorgehe oder hinterher die Zahlen verändere, das Ergebnis bleibt das gleiche.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Alles Sozis!)

Die Regierung hat natürlich nicht zum Stabilitätspakt gesprochen; denn das wäre ihr – das ist völlig klar – peinlich. Das macht sie immer; sie spricht immer über andere Punkte und nicht über diejenigen, die auf der Tagesordnung stehen.

Herr Eichel hat erklärt: Zukunftsvorsorge statt Zinsausgaben! Wenn ich mir das Ergebnis anschau, dann kann ich feststellen, dass wir genau das Umgekehrte haben: mehr Zinsausgaben, weil Sie ständig Defizite aufhäufen.

- (C) Statt darüber zu lamentieren, wie man den Stabilitätspakt verändert, sollten Sie sich einmal darum kümmern, ihn einzuhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Denn das ist doch keine Formvorschrift. So wie Sie vorgehen, macht das doch keinen Sinn. Der Sinn ist, dass man sich selber diszipliniert. Der Stabilitätspakt beinhaltet Korsettstangen gegen überflüssige Ausgaben. Genau das sehen Sie nicht. Dies ist doch ein System zur Sicherung der Nachhaltigkeit. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Sie mindern dadurch, dass Sie sich nicht um diese Fragen kümmern, den Handlungsdruck.

Sie haben immer mehr ausgegeben, als Sie eingenommen haben.

(Zuruf von der SPD: Und Sie?)

Als die Kreditmöglichkeiten nicht mehr reichten, haben Sie jede Menge Tafelsilber verscheuert. Was machen Sie denn eigentlich, wenn Sie nichts mehr haben? Jeder fünfte Euro im Haushalt 2005 ist nicht durch ordentliche Einnahmen gedeckt.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Ja!)

(D) Das heißt, irgendwann ist das Tafelsilber verkauft. Was kommt dann? Steuererhöhungen! Frau Simonis spricht ganz offen darüber. Sie ist die Einzige, die sich das traut. Sie machen es still und heimlich. Das Ergebnis wird sein, dass Sie es tun werden.

Sie haben alles verkauft, was nicht niet- und nagelfest ist. Nicht einmal das Gold der Bundesbank ist Ihnen heilig. Sie haben den Posttreuhandfonds aufgelöst. Sie gehen an das ERP-Sondervermögen. Sie kümmern sich nicht um das, was tatsächlich notwendig wäre, nämlich Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, und zwar auf der Ausgabenseite. Nichts anderes wird helfen. Alle Vorschläge, die wir dazu in den Bundesrat eingebracht haben, haben Sie vom Tisch gewischt. Sie haben es mehr oder weniger zum Ausdruck gebracht: Im „Finanztreff“ findet sich heute die Aussage des Finanzministeriums, auf der Ausgabenseite sei nichts zu beschicken, deswegen brauche man sich damit nicht zu beschäftigen. Sie haben dieses Ziel doch aufgegeben. So kann es nicht weitergehen.

Wenn wir all Ihren Vorschlägen gefolgt wären und nicht einiges für eine vernünftige Steuerreform aufgehoben hätten, dann hätten Sie schon in diesem Jahr die Pleite erklären müssen. Denn wenn wir voriges Jahr all das gemacht hätten, was Sie wollten, hätten Sie dieses Jahr nichts mehr gehabt, was Sie vorzeigen können. In Wahrheit wollen Sie Ihre Vorschläge ja gar nicht umsetzen. Die Eigenheimzulage ist bei Ihnen der Jäger 90. Sie wird für jede Maßnahme vorgeschoben, damit Sie keine vernünftige und seriöse Begründung finden müssen. Am Ende machen Sie dann Schulden, anstatt bei dem zu bleiben, was richtig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jochen-Konrad Fromme

- (A) Wenn man den Haushalt in Ordnung bringen will, heißt das, auch diejenigen zu pflegen, die einem die Einnahmen bringen. Ich muss die Kuh füttern, die ich melken will. Was haben Sie denn mit dem Mittelstand gemacht? Sie haben dem Mittelstand das Wirtschaften täglich durch immer neue Bürokratieauflagen, durch die Ökosteuer und Ähnliches erschwert und wundern sich am Ende, wenn dieser Motor nicht läuft.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Genau!)

Der Export führt zu nichts, und zwar auch deshalb, weil der Anteil an der Wertschöpfung immer kleiner wird. Deswegen werden wir immer weniger von einem guten Export profitieren.

Der zweite Punkt ist die Situation auf dem Binnenmarkt. Wenn Sie – das ist die Aussage seitens der Bundesbank – der Bevölkerung jedes Jahr ein halbes Prozent an realer Kaufkraft nehmen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn der Binnenmarkt keinen Beitrag zur Konjunkturbelebung leisten kann und damit die Staatsfinanzen ruiniert werden; denn wenn wenig umgesetzt wird, wenn keine Arbeit vorhanden ist, werden nicht mehr Steuern gezahlt, sondern nur hohe Sozialausgaben geleistet.

Ich rate Ihnen, sich einmal unseren Zehn-Punkte-Plan anzusehen. Die Maßnahmen kosten keinen einzigen Euro. Sie erfordern nur ein Tätigwerden des Gesetzgebers und ein bisschen Mut, sich mit der Interessengruppe Gewerkschaft anzulegen. Durch die Umsetzung dieses Plans könnten wir einen Riesenschritt machen und wieder Vertrauen erwecken. Wenn wir die Konjunktur beleben und den Stabilitätspakt einhalten wollen, müssen wir Vertrauen in die zukünftige Entwicklung erwecken, damit die Menschen sich wieder betätigen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das werden Sie niemals erreichen, weil Sie kein Konzept haben. Sie haben hier überhaupt nichts vorgetragen.

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Aber die Union!)

Der eine sagt, steuerliche Änderungen müssten vorgenommen werden, der andere, dies müsse nicht geschehen. Wie soll die Wirtschaft denn kalkulieren können, wenn Sie noch nicht einmal innerhalb der Bundesregierung zu einer einheitlichen Meinung kommen? Sehen Sie sich doch nur Clement und Eichel an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege, darf ich Sie an Ihre Redezeit erinnern.

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU):
Solange diese Stümper an der Regierung bleiben, wird sich in diesem Lande nichts verändern.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Das ist die Wahrheit. Deshalb brauchen wir ein Ende.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: (C)
Nächster Redner ist der Kollege Reinhard Schultz, SPD-Fraktion.

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ganz verlegen, hier nach dem Universalgenie namens Fromme reden zu dürfen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Klar erkannt! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Sehr gut!)

In Demut verneige ich mich vor Ihrem fulminanten konzeptionellen Beitrag, der uns allen eine klare Zukunft eröffnet hat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Ich glaube, die rhetorische Wanderdüne, die Sie vor dem Hintergrund der Wahlen in Schleswig-Holstein gegeben haben, war es nicht wert, hier vorgetragen zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mich eigentlich nur dafür bedanken – insofern ist der Zeitpunkt dieser neuerlichen Debatte über den Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht schlecht gewählt –, dass die Bundesregierung durch den Bundeskanzler und den Bundesfinanzminister an drei ganz wichtigen Fronten eine neue Dynamik in die europäische Diskussion bringt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der Staatssekretär hat gerade das Gegenteil erklärt!) (D)

Dazu gehört die Entwicklung der Finanzen auf europäischer Ebene und auch, welchen Anteil daran wir aufzubringen haben. Starke Volkswirtschaften – und zu diesen zählen wir – haben einen größeren Anteil ihres Wachstums abzugeben, und zwar an diejenigen, die nicht so stark wachsen. Das beeinflusst natürlich auch das 3-Prozent- und das 60-Prozent-Kriterium und deren Wertung.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Früher dachte ich, das Münsterland sei ein Ausweis von Solidarität! Sie sind das Gegenteil!)

Wir diskutieren über eine Fortentwicklung der Lissabon-Strategie, damit zukunftsorientiertes Wachstum in die Gänge kommt, welches die Voraussetzung dafür ist, Geld zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu erwirtschaften.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Schulden und Mehrwertsteuererhöhung, das ist Ihr Konzept!)

Wir reden über die Neuauslegung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, ohne das 3-Prozent- und das 60-Prozent-Kriterium infrage zu stellen. Jedoch sind die Rahmenbedingungen, unter denen diese Kriterien bewertet werden, neu zu definieren. Man kann hier doch nicht so tun, als machten Minister Eichel und der Bundeskanzler dies alleine, als würden sie in einem Feldzug über das Europa der 25 herfallen und diktieren, was zu geschehen hat. Das Bedürfnis, den Stabilitäts- und Wachstumspakt

Reinhard Schultz (Everswinkel)

- (A) einvernehmlich neu auszulegen, ist offensichtlich sehr breit angelegt. Zu Recht wird diese Diskussion in fast allen Volkswirtschaften Europas geführt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Schulden und Mehrwertsteuererhöhung, das ist Ihre Strategie! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Was haben Sie denn für Nebentätigkeiten?)

– Über Nebentätigkeiten können wir gerne diskutieren, mein Lieber. Ich finde mindestens 30 auf Ihrer Seite, mit denen ich in froher Gemeinschaft darüber diskutieren könnte. Das kann ich so sagen, ohne in das Handbuch zu sehen. Einer sitzt bei Ihnen ganz hinten. Herr Meyer, ich grüße Sie.

Zum Thema Stabilitätspakt gehört auch, dass wir uns auf eine Balance zwischen Konsolidierung und Wachstumskräften verständigen müssen. Wir haben die Entwicklung in Deutschland unterschätzt. Keiner von Ihnen und auch keiner von uns hat geahnt, dass wir gut drei Jahre wirtschaftliche Stagnation haben würden, was natürlich dazu beigetragen hat, dass die Einnahmeerwartungen des Staates, aller öffentlichen Ebenen, auch der Sozialkassen, nicht erfüllt wurden.

Natürlich hätte man darauf in der Art antworten können, wie einige von Ihnen es immer wieder vorschlagen, dass man immer weitere drastische Einschnitte zum Beispiel bei den Sozialleistungen oder bei der Bildung vornimmt. Das Ergebnis wäre gewesen, dass der Staat seinen sozialen Auftrag genauso vernachlässigt hätte, wie er auch keinen eigenständigen Beitrag zum Wachstum hätte leisten können, indem er selber Nachfrage erzeugt. All das übersehen Sie bei Ihren ständigen Debatten, obwohl Sie es selber natürlich viel besser wissen.

(B)

Die Krönung ist dann allerdings, dass Sie immer neue Steuerreformdiskussionen mit dem Ziel führen, milliardenschwere Geschenke zu machen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wer macht denn gerade eine Steuerreformdiskussion? Wo leben Sie eigentlich? – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Simonis!)

Sie haben doch jetzt erst einmal etwas für die Einkommensteuer, die von Privaten zu entrichten ist, vorgelegt.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Fragen Sie doch Herrn Clement!)

Bis zur Unternehmensteuer sind Sie überhaupt nicht vorgestoßen. Es kann ja sein, dass Sie jetzt Herrn Clement irgendetwas nachplappern. Von Ihnen gibt es kein Konzept. Im Finanzausschuss kommen wir mit Ihren Anträgen zur Einkommensteuerreform seit Wochen nicht weiter, weil Sie in der Anhörung, die Sie selber beantragt haben, gemerkt haben, dass Sie auf dem falschen Dampfer sind und dass Sie selber in Bezug auf die Unternehmensteuerreform nachbessern müssen, weil Sie dazu kein einziges Wort verloren haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Anhörung haben die Sachverständigen durch die Bank – einschließlich derjenigen der Wirtschaftsver-

bände – gesagt: Es gibt im Bereich der Einkommensteuer keinen Bedarf für eine Entlastung, weil ansonsten der Staat nicht mehr handlungsfähig wäre. Das ist vom Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages genau so wie vom Vertreter des BDI, aber auch von vielen Wissenschaftlern, die dort am Tisch saßen, gesagt worden. Sie haben anerkannt, dass das, was an Entlastung geleistet werden kann, von dieser Bundesregierung und dieser Koalition geleistet worden ist.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Also, jetzt verstehe ich, dass der Pronold Ihnen den Job abgetreten hat! Nach dieser Rede ist das klar!)

Vor kurzer Zeit ist ja erst die letzte Stufe einer großen Steuerreform in Kraft getreten. Insofern wird Ihnen der Wanderdünenand, den Sie den Schleswig-Holsteinern heute auf den letzten Drücker noch in die Augen zu streuen versuchen, auch nicht viel nützen. Sie sehen ziemlich klar im Norden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Georg Fahrenscho, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Georg Fahrenscho (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Schultz, liebe Frau Kollegin Lührmann, Sie werden dem Ernst der Lage nicht gerecht.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber zurückzuweisen! Das war eine sehr sachliche Rede, im Unterschied zu dem, was andere gesagt haben!)

Der Stabilitätspakt ist und war das Versprechen der Politik an die Bürger, in Europa eine solide und stabile Finanzpolitik zu entwickeln. Zusätzlich haben wir uns alle, die wir für die Einführung des Euros gekämpft haben, der Verpflichtung unterworfen, genauso konsequent an einer sparsamen, soliden und stabilen Finanzpolitik zu arbeiten. Und nur damit haben wir die Menschen im Lande im Grunde davon überzeugt, die D-Mark abzugeben und in den Euro zu investieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch Schulden gemacht!)

Bereits mit der Unterzeichnung des Maastricht-Vertrags und mit der Annahme des Stabilitätspaktes haben wir uns bewusst allgemein gültigen Regeln innerhalb der Europäischen Union unterworfen, um das Ziel, dass die neue Währung genauso hart und stabil wie einst die D-Mark sein soll, zu erreichen.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist sie ja auch!)

Georg Fahrenschohn

- (A) Keine sechs Jahre nach Einführung des Euros fordert der deutsche Bundesfinanzminister jetzt das glatte Gegenteil. Ich zitiere aus der „Financial Times Deutschland“ von heute:

Verfahrensschritte in einem Defizitverfahren ... können nur eröffnet werden, wenn dem Mitgliedsstaat tatsächlich schwerwiegende Fehler vorzuwerfen sind.

Damit ziehen Sie dem Automatismus, der Tatsache, dass wir uns den allgemein gültigen Regeln innerhalb der Europäischen Union unterwerfen, den Zahn.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Unterstellung! Das ist falsch und das wissen Sie auch! Das ist aber ein bisschen billig!)

Das ist der zentrale Fehler Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der Finanzminister fordert damit die EU auf, sich aus der nationalen Finanz- und Haushaltspolitik gefälligst herauszuhalten. Das ist der Fehler Ihres Ansatzes.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Ein schlimmer Bursche, der Finanzminister!)

Denn wir brauchen den Automatismus in dem Moment, in dem wir zwar einen einheitlichen Währungsraum, aber unterschiedliche nationale Wirtschafts- und Haushaltspolitiken fahren. Er ist ein zentraler Punkt.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das werden die nie begreifen, aber man kann es ja immer mal versuchen!)

Sie haben erst mit einer Sperrminorität den Stabilitätspakt ausgehebelt, dann sind Sie vor dem Europäischen Gerichtshof gescheitert und haben mit diesem Verfahren zu einer erheblichen institutionellen Verunsicherung auf europäischer Ebene beigetragen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Jetzt verlangen Sie flexiblere Interpretationen. Man muss Ihnen allerdings entgegenhalten: Durch eine noch weiter gehende Interpretation wird das gesamte System des regelgebundenen Verfahrens innerhalb der Europäischen Union aufs Spiel gesetzt. Deshalb machen wir dabei nicht mit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen das genaue Gegenteil: klar definierte, vorhersehbare und transparente Regeln, die der beste Garant dafür sind, dass eine effektive, vernünftige und auf Stabilität ausgerichtete Haushaltspolitik, die auch zur Nachhaltigkeit beiträgt, durchgesetzt werden kann.

Mir sei noch ein zweites Zitat erlaubt; denn Herr Eichel fordert heute – ich zitiere –

so viel Zeit, wie der Mitgliedsstaat benötigt, um seine Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder auf mehr Wachstum, Beschäftigung und gesunde Staatsfinanzen umzustellen.

- (Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Er selbst braucht wahrscheinlich 100 Jahre!) (C)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Staatssekretär, wie viel Zeit brauchen Sie eigentlich noch, um wieder Ordnung in Ihren Haushalt zu bringen?

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Eine Ewigkeit!)

Sie sind seit über sechs Jahren an der Regierung. Unter Ihrer Führung explodieren die Schulden seit Jahren. Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt. 5 Millionen Arbeitslose in unserem Land, das ist Nachkriegsrekord. Parallel dazu steigen die Schulden; auch hier sind Sie Rekordhalter. Derzeit beträgt die Schuldenlast 1 415 Milliarden Euro. Darauf gehen Sie in dieser Aktuellen Stunde in keinem Punkt ein. 1 415 Milliarden Euro – das ist eine Summe, die sich selbst fantasievollste Menschen nicht mehr vorstellen können.

Jeder fünfte Steuer-Euro geht mittlerweile für Zinsen drauf.

(Jörg-Otto Spiller [SPD]: Wie war das bei Herrn Waigel?)

Das Dramatische ist: Die Gesamtverschuldung steigt weiter. Sie betrug einmal knapp unter 60 Prozent. Mittlerweile beträgt die Staatsverschuldung insgesamt fast 70 Prozent.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir waren unter 40 Prozent, bevor Waigel angefangen hat!)

Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Anstatt jetzt Schulden abzubauen, versuchen Sie, die Grundpfeiler unserer gemeinsamen europäischen Währung über Brüssel zu zerschießen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Eine solche Politik ist fahrlässig, gefährlich und verlogen. Sie ist fahrlässig, weil sie der Willkür Tür und Tor öffnet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sie ist gefährlich, weil sie die Preisstabilität und die Geldpolitik der Eurozone gefährdet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und sie ist verlogen, weil der Stabilitätspakt damals und noch heute ein Versprechen der Regierungen an die Bürger war, sich an allgemein gültige finanzpolitische Spielregeln zu halten. Wenn Sie sich jetzt nicht mehr an diese Regeln halten wollen, weil sie Ihnen unbequem geworden sind, dann belügen Sie die deutsche und die europäische Öffentlichkeit und sägen den Ast einer gemeinsamen, stabilen und erfolgreichen Währung in Europa ab. Dabei machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr klar gesprochen!)

(A) Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Axel Schäfer, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Oh, der Generalsekretär spricht!)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Verschuldung und europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt“ steht heute zum wiederholten Mal auf der Tagesordnung des Bundestages.

(Otto Fricke [FDP]: Auch nicht zum letzten Mal!)

Das meiste von dem, was die Kolleginnen und Kollegen von CDU/CSU und FDP dazu gesagt haben, hatte bereits vor einem Jahr der luxemburgische Ministerpräsident, der einer christlich-liberalen Koalition vorsteht, festgestellt.

(Zuruf von der SPD: Das ist wahr!)

Er hat gesagt: So wie diese Diskussion zurzeit in Deutschland geführt wird, geschah es auch im Jahr 1992. Er, der letzte aktive Vertreter derjenigen, die den Stabilitäts- und Wachstumspakt ins Leben gerufen haben, führte aus: So dogmatisch, wie Sie den Pakt sehen, war er nicht gedacht. Das alles können Sie nachlesen. In dem einen Jahr, in dem diese Diskussion geführt wurde, haben Sie aber leider nichts dazugelernt.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Lesen Sie doch mal nach, was Eichel 2001 zur Schuldenpolitik gesagt hat!)

Deshalb will ich bewusst auf einzelne Punkte eingehen. Zunächst zur Währungsstabilität. Die Inflationsrate in der Eurozone liegt konstant unter 2 Prozent.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wodurch denn?)

Während einige EU-Länder eine höhere Teuerungsrate haben, weist Deutschland die niedrigste Inflationsrate überhaupt auf, wodurch es entscheidend zur Stabilität in Europa beigetragen hat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nein! Das ist doch alles falsch! Die Zahl ist doch auch falsch!)

Erstaunlicherweise hat auch der starke Euro der deutschen Ausfuhr nicht geschadet.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die deutsche Ausfuhr ist im letzten Quartal zusammengebrochen, Herr Kollege!)

Wir alle wissen noch, welche Sorgen bestanden, dass eine ungünstige Relation zwischen Euro und Dollar zu Schwierigkeiten führen könnte. Diese negative Prognose, die Sie aufgestellt haben, ist nicht eingetreten.

Als zweiten Punkt nenne ich das Thema Haushaltsdisziplin. **(C)**

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Lesen Sie denn überhaupt keine Zeitungen mehr?)

Anfang der 90er-Jahre, während Ihrer Regierungszeit, betrug die Neuverschuldung 2,9 Prozent. Dieses und die Zahlen anderer Länder waren dafür entscheidend, dass man sich ausdrücklich darauf verständigt hat: 3,0 Prozent sind 3,0 Prozent. Im Unterschied zu damals befinden wir uns jetzt in der Situation, dass das Minus in Europa eben nicht mehr bei 5 Prozent liegt, sondern im Durchschnitt bei 2,5 Prozent.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Außer in Deutschland!)

Das heißt, wir haben in Europa durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt insgesamt Fortschritte erreicht

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und wir sind besser aufgestellt als zum Beispiel vergleichbare Wirtschaftsräume wie Japan mit minus 4,2 Prozent oder die Vereinigten Staaten von Amerika mit minus 7,1 Prozent.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Haben die einen Währungspakt?)

Nun zu Deutschland: Was Deutschland an besonderen Anstrengungen unternommen hat, hat die EU-Kommission in allen ihren Stellungnahmen ausdrücklich gewürdigt.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Aber nicht gelobt! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie lesen wohl wirklich keine Zeitung! In welcher Welt leben Sie eigentlich?) **(D)**

Leider ist das bei Ihnen bis heute nicht angekommen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der Generalsekretär soll erst einmal seine intellektuellen Appelle machen!)

Der zweite Punkt: Lassen Sie uns über die spezifische Situation in Europa reden. Wir haben heute in der Gemeinschaft gravierende Unterschiede, was die Strukturen angeht; darauf müssen wir Antworten finden. Deutschland ist bevölkerungsmäßig im Durchschnitt zehn- bis 20-mal so groß wie andere Länder. Das hat Konsequenzen dafür, wie man Politik in Deutschland umsetzen kann.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Das war schon früher so!)

Deutschland hat als eines von wenigen Ländern ein föderales System. Wir wissen doch ganz genau, welche Entscheidungen damit erschwert werden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: War das Ihnen im Hinblick auf den Stabilitätspakt noch nicht bekannt?)

Sie wissen das doch, weil Sie ständig Dinge blockieren. Das gibt es in anderen Ländern überhaupt nicht, wenn sie sich intern verändern: Die haben ein Ein-Kammer-

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) Parlament, da wird etwas entschieden und entsprechend umgesetzt.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Diese Antwort ist ja eine Strafe!)

Der dritte Punkt, die aktuellen Dinge. Der EU-Währungskommissar Almunia hat am 14. Februar dieses Jahres festgestellt, dass sich der Stabilitäts- und Wachstumspakt in der gegenwärtigen Ausgestaltung nicht bewährt hat, weil er zum Beispiel prozyklische Wirkung auf die Länder hat und sie damit im Falle eines Falles weiter in die Rezession treibt.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Schlechte Rede! – Gegenruf des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Er ist ja auch ein Sozi!)

Er hat deshalb gesagt: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss weiterentwickelt werden. Er muss vor allen Dingen auch deshalb weiterentwickelt werden, weil wir von Indikatoren der 80er-Jahre ausgegangen sind, als er 1992 formuliert wurde. Damals lagen die Wachstumsraten bei über 3 Prozent. Mittlerweile sind Probleme wie Rezession und Stagnation und internationale Schwierigkeiten auf uns zugekommen, Stichwort Terrorismus. Darauf muss die Politik antworten können – alles andere wäre Dogmatismus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Also mehr Schulden! Das ist Ihr Konzept!)

- (B) Und die Bundesregierung antwortet darauf: Sie stellt sich auf die Positionen der Kommission ein,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Ein vieltimmiger Chor!)

sie leistet Überzeugungsarbeit für ein gemeinsames Ergebnis in Europa. Der Kollege Schultz hat darauf hingewiesen: Dass das in engem Zusammenhang damit steht, wie wir uns künftig positionieren, zeigt doch die finanzielle Vorausschau, Stichwort 1-Prozent-EU-Haushalt. Fünf Länder haben sich dem angeschlossen und auch die CDU/CSU und die FDP haben diese gute Position von Hans Eichel und Gerhard Schröder ausdrücklich unterstützt und wollen auf den Haushalt nicht noch irgendwie draufsatteln.

Ich komme zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Bravo!)

Wie Sie von der Opposition die Diskussion führen, könnte man zusammenfassen als „in Einfalt geteilt“. Europa muss aber in Vielfalt geeint werden. Das werden wir leisten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Otto Bernhardt, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

(C)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zu Beginn meines Beitrages noch einmal feststellen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt die Geschäftsgrundlage für die Einführung des Euros war und ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Bis vor einem Jahr bestand hier im Hause Einigkeit über diese Feststellung. Herr Diller sagt, es gibt keinen Anlass, darüber zu sprechen. Herr Schultz sagt, das Thema ist sehr aktuell, schon dadurch, dass der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister jeden Tag außerhalb dieses Hauses Vorschläge zu diesem Thema unterbreiten, aber nicht bereit sind, mit uns hier im Hause zu diskutieren. Das ist dem Parlament gegenüber unverschämt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ein solches Thema gehört nicht zunächst in die europäischen Gremien und in die Zeitungen, sondern muss hier im Bundestag diskutiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, der letzte Haushalt, für den wir die Verantwortung getragen haben – das war 1998 –, wies eine Nettoneuverschuldung von 2,2 Prozent auf. Dann kamen Sie. Im ersten Haushalt, den Sie damals vorgelegt haben – einige erinnern sich noch an den Finanzminister; ich glaube, er hieß Lafontaine –, haben Sie 15 Milliarden Euro an zusätzlichen Ausgaben veranschlagt.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist das!)

Ein Jahr später war es das Verdienst von Herrn Eichel, dass er genau diese 15 Milliarden Euro wieder eingesammelt hat. Er ließ sich als Sparminister feiern. Mehr, als das zurückzunehmen, was Lafontaine zugelegt hatte, hat er nicht geleistet.

(Karl Diller, Parl. Staatssekretär: Das ist so was von unseriös! – Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das stimmt nicht!)

Danach ist er zum Spitzenreiter bei der Verschuldung innerhalb der EU geworden. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nun sagen Sie natürlich zu Recht, die Nettoneuverschuldung und die Gesamtverschuldung seien das Ergebnis von Bundes- und Landespolitik. Wenn wir einmal die Länder anschauen, dann kann ich Bayern von dieser Stelle aus nur loben. Wenn alle Länder eine solche vernünftige Finanzpolitik wie Bayern betrieben hätten, dann gäbe es in Deutschland keine Probleme.

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Viel Geld für die Landwirtschaft!)

(D)

Otto Bernhardt

- (A) Wenn Bayern ein selbstständiges Land wäre, dann stünde es bezogen auf die Stabilität an der Spitze der EU-Länder. Auf Platz 2 läge Sachsen und auf Platz 3 Baden-Württemberg.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sie erzählen separatistischen Unsinn!)

Drei unionsregierte Länder haben Stabilität.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Genau so, wie Rot-Grün in der Finanzpolitik im Bund versagt, versagen Sie in den Ländern, in denen Sie regieren. Mein schönes Heimatland Schleswig-Holstein hat Schulden in Höhe von 7 000 Euro pro Einwohner. In Bayern sind es 1 700 Euro. Ich kann nur sagen: Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das musste mal gesagt werden! – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Wer sein eigenes Land beschimpft, wird nie Wahlen gewinnen!)

Meine Damen und Herren von der Regierungsseite, ich sage es mit aller Deutlichkeit: Wenn die Regierung und die sie tragenden Fraktionen so viel Kraft für die Liberalisierung des Arbeitsmarktes wie – ich drücke es einmal positiv aus – für die Liberalisierung der Stabilitätskriterien aufbringen würden, dann hätten wir in Deutschland manches Problem nicht. Um die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, brauchen wir eine andere Wirtschaftspolitik und andere Maßnahmen für den Arbeitsmarkt.

- (B) Sie konnten von der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin gestern im Fernsehen wieder hören, dass sie für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer eintritt.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wie Eichel!)

Herr Austermann hat hier die Regierung gefragt, ob die Gerüchte aus dem Hause stimmen.

(Karl Diller, Parl. Staatssekretär: Ich habe geantwortet!)

– Herr Staatssekretär, ich habe nicht gehört, dass Sie dies dementiert haben. Ich sage: Wir brauchen zurzeit keine Steuererhöhungen, sondern eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie mich deshalb abschließend feststellen, dass egal, wo Rot-Grün regiert, ob im Bund oder in den Ländern, die Finanzen kaputt sind. Der alte Vorwurf, Sozialdemokraten können mit Geld nicht umgehen, bestätigt sich leider. Um das zu erkennen, müssen Sie sich nur die konkreten Zahlen anschauen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzte Rednerin in dieser Aktuellen Stunde ist die Kollegin Bettina Hagedorn, SPD-Fraktion.

- (Beifall bei der SPD – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Was ist mit den Steuererhöhungen von Frau Simonis?) (C)

Bettina Hagedorn (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Bevor ich zu dem komme, was ich eigentlich sagen wollte, kann ich es mir nicht verkneifen, zunächst einmal Stellung zu den Unterstellungen zu beziehen, die gerade von Ihrer Seite gekommen sind.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Welche denn?)

Kurz vor der Schleswig-Holstein-Wahl versuchen Sie massiv, zu unterstellen, hier seien Steuererhöhungen geplant.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ihre Ministerpräsidentin sagt das doch jeden Tag! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Mehrwertsteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Lohn- und Einkommensteuer – nur Steuererhöhungen!)

Wenn Sie sich nur einmal das Steuerkonzept der schleswig-holsteinischen Landesregierung anschauen würden, das seit einem Dreivierteljahr öffentlich auf dem Markt ist,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Sie kennen nicht einmal die eigenen Programme!)

dann wüssten Sie, dass die Vorschläge von Frau Simonis dahin gehen –

- (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Frau Hagedorn, Sie sagen doch vorsätzlich nicht das Richtige!) (D)

– Herr Kampeter, es wäre schön, wenn Sie wenigstens so viel Höflichkeit besitzen würden, mich ausreden zu lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wir wollen nur verhindern, dass Sie die Unwahrheit sagen!)

Es ist schon ein starkes Stück, welche Unterstellungen und Verdrehungen Sie hier vortragen. Wenn Sie meinen, dass Sie auf diese Art und Weise an die Macht kommen, dann unterschätzen Sie die Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Lügen hilft da auch nichts!)

Es geht um Folgendes: Wir haben in Deutschland kein Problem mit den Steuern, sondern mit den Lohnnebenkosten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Was ist denn nun mit der Mehrwertsteuererhöhung von Frau Simonis?)

Das Konzept, das durchaus nicht unvernünftig ist, sieht vor, die Mehrwertsteuer nur in dem Maße zu erhöhen, wie gleichzeitig Lohnnebenkosten gesenkt werden.

Bettina Hagedorn

- (A) (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Steuern rauf und noch mehr Schulden – das will doch die Simonis! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Die Erbschaftsteuer hat sie ausdrücklich genannt!)

Eine Familie mit zwei Kindern, die 37 000 Euro im Jahr verdient und unter Rot-Grün keine Steuern mehr zahlen muss,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Vielleicht die Arbeitslosen! 5 Millionen plus X!)

kann am Ende nur durch die Senkung der Lohnnebenkosten mehr Geld übrig haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuerufe von der CDU/CSU)

– Es ist ausgesprochen schwierig, gegen Sie anzureden, aber ich tue mein Bestes.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Liebe Kollegen, ich denke, der Fairness und des Anstands halber sollte man die Frau Kollegin Hagedorn jetzt sprechen lassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Man muss doch bei der Wahrheit bleiben!)

Bettina Hagedorn (SPD):

- (B) Ich möchte mich in erster Linie mit dem Thema Verschuldung beschäftigen. Mir liegt eine Presseerklärung von Union und FDP vor – sie ist erst zwei Tage alt –, in der Sie erneut behaupten, dass die Verschuldung des Bundes seit drei Jahren massiv zunimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Der erste wahre Satz!)

Ich möchte in diese Diskussion gern ein bisschen Wahrheit bringen. Unbestritten ist doch, dass wir die Verschuldung der öffentlichen Hand alle gemeinsam und auf allen Ebenen wahrlich nicht auf die leichte Schulter nehmen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und wir uns der Verantwortung gerade im Hinblick auf die junge Generation, die heute noch im schulpflichtigen Alter und jünger ist, sehr bewusst sind.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Dieser Satz hätte Frau Lührmann gut angestanden!)

Allerdings entspricht es der Wahrheit, dass seit 1971 der Deutsche Bundestag 34 Jahre in Folge Haushalte verabschiedet hat, die nicht ausgeglichen waren. Daran waren Sie von der Union mindestens so beteiligt wie wir. Am allermeisten war die FDP daran beteiligt, nämlich insgesamt 28 Mal. Es wäre darum sehr gut, wenn wir heute im Bundestag zu dieser gemeinsamen Verantwortung für diese Schuldenlast stehen würden, anstatt uns in ritualisierten, dumpfen Schuldzuweisungen zu üben.

- (C) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das klingt völlig anders als Ihre Vorredner! Es wird langsam interessant!)

Wir müssen uns mit dem Thema Schuldenlast ernsthaft beschäftigen, um unserer Verantwortung gerecht zu werden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt leisten Sie dazu Ihren Beitrag!)

Um Ihnen Ihre eigene Verantwortung zu verdeutlichen – Sie scheinen ein paar Gedächtnislücken zu haben –, will ich Ihnen noch einmal sagen, dass in den 16 Jahren der Kohl-Regierung knapp 70 Prozent des heute vor uns liegenden Schuldenberges aufgetürmt worden sind und mit Zins und Zinseszins ein durchaus beachtliches und trauriges Erbe dargestellt haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das können Sie vielleicht Ihrem Stadtrat erzählen, aber doch nicht dem Deutschen Bundestag!)

Die Neuverschuldung seit 1998, die unbestritten bedauerlich hoch ist und höher ist, als wir uns das in unseren ehrgeizigen Zielsetzungen vorgenommen haben, macht einen Anteil von 15,3 Prozent an dem Gesamtschuldenberg aus.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das hat ihr der Diller gerade aufgeschrieben! Das ist falsch! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hat der Referent jetzt endlich die richtige Rede gefunden?) (D)

Weil das so ist, taugen Sie von der Union und der FDP am allerwenigsten zu Chefanklägern in Sachen Staatsverschuldung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Sind die Schulden vom Honecker dabei?)

Wer mit dem Finger auf andere zeigt, auf den weisen drei Finger zurück.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das gilt allerdings auch für Sie, Frau Kollegin!)

Es wäre schön, wenn Sie das beherzigen würden.

Ich will durch diese Zahlen in keiner Weise relativieren, dass in den letzten Jahren Schulden gemacht werden mussten. Aber ich will deutlich sagen, dass ich das pharisäerartige Gejammere der CDU/CSU über diese Schuldenentwicklung leid bin.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Und dann? Wir sind keine Selbsthilfegruppe! Wir sind der Deutsche Bundestag! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Auf Wiedersehen!)

Sie haben daran einen so großen Anteil, dass Sie sich hier nicht mit Unschuldsmiene hinsetzen und so tun können, als ob Sie damit nichts zu tun hätten. Sie rennen lediglich zum Bundesverfassungsgericht; das hat übrigens

Bettina Hagedorn

- (A) auch schon die CDU in Schleswig-Holstein gemacht. Sie stellen damit der Politik ein Armutszeugnis aus; denn die finanzielle Handlungsfähigkeit des Gemeinwesens für die Zukunft zu sichern, ist eine Aufgabe der Politik und nicht eine Aufgabe der Justiz.

Wir haben im Bundestag viele Vorschläge zum Subventionsabbau gemacht – ich will nur an das Steuervergünstigungsabbaugesetz erinnern – und in den letzten zwei Jahren diskutiert.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Aber keine guten! – Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Die reinste Steuererhöhungssorgie!)

Sie hätten nicht nur dem Bund beachtliche Mehreinnahmen gebracht, sondern auch – das ist nicht zu vergessen – den Ländern und Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

Bettina Hagedorn (SPD):

Ich komme zum Schluss.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Kommen Sie irgendwann einmal zur Sache! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Es kann nicht schlechter werden!)

Aber ich möchte diesen Gedanken noch zu Ende führen. 6,7 Milliarden Euro hätte dieses Gesetz alleine den Kommunen gebracht. Das magere Ergebnis im Vermittlungsausschuss hat ihnen gerade 9 Prozent, nämlich 600 Millionen Euro, bis 2006 beschert. Sie tragen also die Hauptverantwortung für die katastrophale Finanzsituation der öffentlichen Hand.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

(C) Frau Kollegin, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Bettina Hagedorn (SPD):

Ich komme jetzt zum Schluss.

In Wahrheit sitzen wir alle, alle Parteien und vor allen Dingen Bund, Länder und Kommunen, im gleichen Boot.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, ich drehe Ihnen ungerne das Mikrofon ab, aber Sie haben schon vor einer Minute gesagt, dass Sie zum Schluss kommen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Genauso ist es beim Schuldenmachen! Die können nicht Maß halten!)

Bettina Hagedorn (SPD):

Es wäre gut, wenn wir in eine Richtung rudern würden. Auf dem Wasser weisen uns die rot-grünen Tonnen den rechten Weg. Die Gefahrguttonnen jedoch sind schwarz-gelb.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Die Aktuelle Stunde ist beendet.